

Konfliktpotentiale in und um Irak

Von Horst Grienig

Nach dem 11. September 2001 starteten die USA und Großbritannien die größte geopolitische Neuordnung im Mittleren Osten, in Zentralasien und im Kaukasus, um die erodierenden Monopolposition zu festigen und zu erhalten, die die Hegemonie der USA begründen. In diesem Zusammenhang ist der Krieg gegen Irak, der Krieg in Afghanistan, die militärische Hilfe und Unterstützung einzelner Kaukasusrepubliken, ja selbst die Neuordnung Jugoslawiens als Teil dieser Strategie zu verstehen. Es ging um die Verfügungsgewalt über die Naturressourcen und die Verbindungswege zu den Lagerstätten. Enorm verschärften sich durch diese Strategie bereits bestehende aber bislang unterschwellig vorhandene Krisenpotentiale, andere entstanden neu.

Konkret ging es den USA um die Festigung eines der fünf Monopole auf deren Grundlage sich ihre Hegemonie begründete¹: das Monopol US-amerikanischer Erdölgesellschaften auf den uneingeschränkten Zugang zu den bedeutendsten Naturressourcen des Erdballs. In diesem Zusammenhang sollen die anderen Monopole, auf die sich die US-amerikanische Hegemonie begründen, erwähnt werden. Es sind:

- Das Monopol im technologischen Bereich, deren Aufrechterhaltung gewaltige Ausgaben und Subventionen erfordern, die von den USA vor allem im Bereich der Hochtechnologie im Rüstungssektor erfolgen. Das technologische Monopol der USA stützt sich zum großen Teil auf die Entwicklung von Destruktivkräften im Bereich der Hochrüstung.
- Das Monopol im Bereich der Massenvernichtungswaffen und der technologischen Überrüstung.
- Das Monopol bezüglich der Kontrolle der global bedeutsamen Finanzflüsse, dessen Grundlage die Freizügigkeit der weltweit operierenden Finanzinstitutionen darstellt und heute auf der Akzeptanz des US-Dollars als global anerkannte Weltwährung beruht.
- Und schließlich das Monopol auf dem Gebiet der Kommunikation und der Medien, die die Grundlagen der Verbreitung des American Way of Life bilden und die zu Hauptwegen der politischen Manipulation wurden.

Gegenwärtig befinden sich einerseits die Monopole der USA auf verschiedenen der genannten Gebiete in einem Zustand der Erosion. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass sich US-amerikanische Monopolstellungen auf anderen Gebieten weiter verfestigt haben. Genannt seien hier die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet von modernen Kommunikationstechnologien einerseits und andererseits die auf der Züchtung von HochleistungsSaatgut, in der Regel auf Gen-manipulierter Grundlage, wodurch sich eine neue Monopolposition herausbildet, nämlich auf dem Gebiet der globalen Nahrungssicherheit.

Zu den Konfliktpotentialen in und um Irak.

Der Krieg gegen Irak, der ohne UN – Mandat vom Zaun gebrochen wurde, ordnet sich folgerichtig in die Hegemoniestrategie der USA unter der Bush-Administration ein. Fragt man nach den tatsächlichen Kriegszielen der USA so bleibt nach der Enthüllung der nicht vorhandenen Gefahr einer weltweiten Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen und der ebenfalls ad absurdum geführten Gefahr terroristischer Anschläge von Irak aus nur ein wirkliches strategisches Ziel der USA und Großbritanniens, die bedeutenden

¹ Siehe hierzu im einzelnen: Samir Amin: Für ein nichtamerikanisches 21. Jahrhundert, Der in die Jahre gekommene Kapitalismus, Hamburg, S. 67/68.

Erdölvorkommen des Landes zurück zu erobern. Die strategischen Ziele der Bush-Administration zu Beginn des letzten Irak-Krieges waren eindeutig. Es ging darum, im irakischen Erdölbereich die ursprüngliche Situation, die vor der Nationalisierung der Öllagerstätten im Jahre 1972 herrschte, so weit wie möglich wiederherzustellen. Bereits 1922 hatten die US-amerikanischen und britische Ölkonzerne die Ausbeutung der Lagerstätten Mesopotamiens geregelt, indem jeweils 23,75 Prozent der genutzten Lagerstätten und deren Erträge aus der Förderung der amerikanischen Standard Oil (heute Exxon) zuflossen, 23,75 Prozent an die britische Anglo-Persian Oil (heute British Petroleum) 23,75 Prozent der britisch-niederländischen Royal Dutch Shell (heute Shell), ein ebenso hoher Anteil der staatlichen französischen Compagnie Francaise des Pétroles zuflossen. 5% erhielt der armenische Ölmogul Gulbenkian.²

Kein Zweifel bestand darin, dass sich die durch ihren Sieg im Systemwettbewerb gegenüber dem Staatssozialismus global überlegen glaubende Elite des Westens anschickte, die Rekolonialisierung der irakischen Lagerstätten durch Krieg zu erzwingen. Es sei hier nur erwähnt, dass der Irak nach Saudi-Arabien über die ergiebigsten und weltweit mit am leichtesten zu erschließenden Lagerstätten verfügt. Irak weist weltweit die größten Wachstumspotentiale in der Erdölwirtschaft, gefolgt von Katar, auf.

Die Strategie der USA wurde durch mehrere Faktoren befördert. Hierzu zählen die globale Verknappung der fossilen Energieträger einerseits, die sich enorm zuspitzende Abhängigkeit der USA von Importen an Erdöl andererseits, sowie die weltweit zu beobachtende verstärkte Rivalitäten um die Ausbeutung international bedeutender Lagerstätten. Zudem hatte Irak als einziges Land begonnen, ihre bescheidenen Ölexporte in Euro statt in US-Dollar zu fakturieren, was auch bei einigen anderen Ländern der Region auf reges Interesse stieß. Hier seien Saudi-Arabien und Iran genannt. Dies ließ natürlich die Alarmglocken in den USA zusätzlich schrillen, die um ihr Monopol auf die Leitwährung fürchteten.

Gleichzeitig standen den Invasoren ein wirtschaftlich zerrüttetes und durch jahrzehntelange UN-Sanktionen gelähmtes sowie durch Misswirtschaft und regionale Kriege ausgeblutetes Land und eine weitestgehend vom Volk isolierte Diktatur um Saddam Hussein gegenüber. Es war deshalb nur eine militärische Aktion von wenigen Tagen und Stunden erforderlich, um das vom Volk verhasste Regime unter Saddam Hussein militärisch zu besiegen. Noch allen von uns sind die Bilder in Erinnerung, wie das Standbild des Diktators im Herzen von Bagdad durch US-Einheiten vom Sockel gestoßen wurde.

Nicht voraussehbar für den Aggressor war, dass mit der Besetzung des Landes eine Büchse der Pandora geöffnet wurde, deren Folgen mit der militärischen Besetzung des Landes immer stärker zu Tage treten sollten.

Mit der Invasion im Irak wurden viele bestehende Konflikte verschärft, andere entstanden völlig neu. Irak wurde Teil des „Konfliktbogens“³, der vom Nahen Osten über Iran und Afghanistan bis nach Pakistan und Indien reicht.

Sprengstoff entstand bzw. verschärfte sich allein durch die Besetzung eines weiteren arabischen bzw. muslimischen Landes durch ausländische Truppen, eine Tatsache, die von der Mehrheit der Moslems als eine Entwürdigung ihrer Mutterländer angesehen wird. Auch

² Brauns, Nick, Nordirak: Kirkuk und der Kampf ums mesopotamische Öl. Divergierende Interessen der USA und der Türkei, Uni Kassel, AG Friedensforschung, nach „Junge Welt“ vom 01.03.2003.

³ Politische Bildung für Soldaten und Soldatinnen in Haus Neuland.de, das Haus Neuland ist Partner im „Netzwerk Politische Bildung in der Bundeswehr“ der BpB.

mit dem Amtsantritt von Barack Obama genährte Hoffnung auf einen schnellen Rückzug der Besatzungstruppen aus Irak, blieben bislang unerfüllt.

Die Kriegsziele der amerikanisch-britischen Invasoren und ihrer Verbündeten wurden sofort deutlich, als nach dem Sturz des Saddam-Regimes als einziges Ministerium das Ministerium für Erdöl unter den Schutz der Militärmacht gestellt wurde, während andere staatliche Institutionen den sich ausbreitenden Beutezügen der durch die Diktatur verarmten Massen und ihrer Hintermänner überlassen wurde. Besonders hart traf das die staatlichen Museen mit ihren jahrhundertealten Kunstschatzen. Das ganze Ausmaß der damit begangenen Verbrechen wurde in dem Werk „Kulturelle Säuberung im Irak – warum Museen geplündert, Bibliotheken verbrannt und Akademiker ermordet wurden“⁴, aufgelistet. In diesem Sammelband, verfasst von zwölf irakischen und nicht-irakischen Autoren, wird „auf überzeugende Weise die umfassende Zersetzung der einheitlichen Kultur unter der Besatzung und den Ausbruch sektiererischer Feindseligkeiten, die es zuvor nicht gab“⁵, aufgezeigt.

In einem Artikel in „Ossietzky“ wird festgestellt: „Ein großer Teil der besten Köpfe des Iraks wurde ermordet oder vertrieben, darunter viele unabhängige Persönlichkeiten, die eine positive politische Rolle in einem befreiten Irak spielen könnten. Sie könnten heute für viele Millionen Gegner des Besatzungsregimes sprechen. Beim jüngsten Urnengang standen sie nicht zur Wahl.“⁶

Zu den neuen Problemen, die vor der Zeit der Besatzung eine untergeordnete Rolle spielten bzw. von der Diktatur um Saddam Hussein gewaltsam zurückgedrängt wurden, gehörten die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppierungen und religiösen Strömungen. Hinzu kommt, dass der Irak ein Land mit festen Stammesstrukturen ist. Die daraus resultierenden Konfliktfelder wurden in der Zeit stark sprudelnder Renteneinkommen aus dem Öl nach der Nationalisierung der Lagerstätten und ausländischen Fördergesellschaften 1972 durch ein System der Klientelwirtschaft der Diktatur um Saddam Hussein verdeckt bzw. gemindert.

Das strategische Ziel der US-Administration, die Neuverteilung der Lagerstätten, findet aber gegenwärtig in einer Zeit statt, in der nicht nur die Länder mit den größten traditionellen Erdölgesellschaften sondern auch immer mehr Gesellschaften anderer Länder sich in Rivalität zu den Besatzungsmächten an dem Zugang zu den Lagerstätten befinden. Es sind dies vor allem Gesellschaften aus China, Brasilien, Indien und anderen Staaten.

Zudem wird jede Bemühung um den Zugang zu den Lagerstätten von den regionalen Anrainerstaaten mit größter Aufmerksamkeit registriert und nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten unterstützt oder topediert. Da ist zunächst die Türkei zu nennen, die aus der gegenwärtigen Situation Gewinn zieht, da die einzige noch intakte Erdölverbindung aus dem Irak, die nach dem türkischen Hafen Ceyhan ist. Allerdings ist das Interesse der Türkei an den Entwicklungen im Irak äußerst ambivalent, denn eine ständig weiter wachsende ökonomische Macht der kurdischen Region könnte, so befürchtet man in der Türkei zu Recht, dazu führen, dass sie die fest verwurzelte Vorstellung der kurdischen Bevölkerung nach einem eigenständigen Staat beflügeln könnte und die kurdische Elite dazu veranlassen könnte, sich von der bisher praktizierten Politik zu verabschieden und die Eigenstaatlichkeit auch offiziell zu propagieren. Deshalb werden - wie noch zu zeigen sein wird - alle Bemühungen der kurdischen Autonomiebehörde, ihren Anspruch auf ein bis zu 100 km südlich der

⁴ Herausgegeben von Baker, R. W., Shereen T. Ismael und Tareq Ismael, London 2010

⁵ Ebenda

⁶ Ossietzky Nr. 7/2010

autonomen Gebiete Kurdistans verlaufendes Gebiet, das auch die Städte Kirkuk und Mosul einschließen würde, auszudehnen, seitens der Türkei mit größter Besorgnis registriert. Das trifft auch auf eine von den USA unterstützte Pufferzone zwischen Arabern und Kurden zu, die zu gleichen Ergebnissen führen würden.

In der südlichen Region des Landes ist vor allem die Einflussnahme Irans unverkennbar, die sich über schiitische Bewegungen auch auf die Zentralregierung in Bagdad auswirkt. Was die sunnitische Bevölkerungsgruppe in den zentralen Gebieten des Landes betrifft, so sind hier vor allem der Einflüsse Saudi-Arabiens und anderer arabischer Regierungen als die entscheidenden Gegenmächte zu der Einflussnahme der schiitischen iranischen Führungskräften zu erwähnen.

In dieser globalen und regionalen Kräftekonstellation agieren die irakischen politischen Gruppierungen, was die Einflussnahme auf die Zentralregierung auch bei der Festlegung der Erdölpolitik Bagdads in starkem Maße beeinflusst. Die irakische Regierung steht mithin nicht nur unter den bestimmenden Einfluss der Besatzungsmacht sondern auch unterschiedlicher regionaler und innerer Kräftekonstellationen. Unter dem entschiedenen Druck der Besatzungsmacht, die drohte die militärische und finanzielle Hilfe für Irak einzustellen, wurde 2007 von der Regierung ein Gesetzentwurf verabschiedet, der eine Öffnung der nationalen Fördergesellschaften für Privatkapital, einen Schutz ausländischer Investitionen und eine Beteiligung ausländischer Fördergesellschaften an der Erkundung und Förderung von Erdöl vorsieht. Allerdings wurde dieses Gesetz nach meinem bisherigen Kenntnisstand vom Parlament noch nicht gebilligt und rief auch die noch immer mächtige Oil Workers Union, die Gewerkschaft der Erdölarbeiter, auf den Plan, die sich gegen eine Renationalisierung der Ölindustrie wenden⁷. Sie könnte möglicherweise etwa 23000 Arbeiter der Öl- und Gasindustrie Südiraks umfassen⁸.

Zu den Schlüsselfragen zählte von Anfang an das Problem, ob die Existenz Iraks als einheitlichen Staat fortbestehen kann und wenn ja in welcher Form: als Zentralmacht, wie unter Saddam Hussein, als föderativer Staat mit weitreichenden Befugnissen der drei genannten Regionen oder ob das Land nur dezentralisiert eine Zukunft hat. Hier gibt es durchaus sehr unterschiedliche Auffassungen, die auch von den anderen Anrainerstaaten nicht nur aufmerksam beobachtet, sondern nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten aktiv unterstützt werden. Tatsächlich besteht das Land aus drei ethnisch und territorial unterschiedlichen Regionen. Der Norden des Landes, überwiegend von Kurden besiedelt und von den beiden großen kurdischen Parteien auch weitestgehend regional verwaltet, der Süden des Landes mehrheitlich von Schiiten bevölkert und der zentrale Teil, der mehrheitlich von Sunniten bewohnt wird. Gewaltige Konfliktpotentiale birgt die Situation in sich, dass sich die wichtigsten Lagerstätten des Landes auf den Norden und den Süden Iraks konzentrieren. Käme es zu einer de facto Dezentralisierung des Landes würden die Sunniten weitestgehend von den Einkünften aus der Erdölwirtschaft abgeschnitten, bliebe ihnen nicht die Region um Kirkuk, um deren Herrschaft sich ein erbitterter Kampf vollzieht, denn die kurdische Seite, repräsentiert durch die beiden kurdischen Parteien, die Demokratische Partei Kurdistans (DPK) und die Patriotische Union Kurdistan (PUK), erheben Anspruch auf ein bis zu 100 km südlich der autonomen Region Kurdistans verlaufendes Gebiet, ein Gebiet, das die beiden Städte Kirkuk und Mosul einschließt.

⁷ Oil Workers' Union Confront Occupation and Privatization, International Viewpoint, News and analysis from the Fourth International.

⁸ Ebenda

Zur Zeit ist die Frage nach der Weiterexistenz des irakischen Nationalstaates, in welcher konkreten Form auch immer, weitestgehend unumstritten. Kontrovers sind hingegen Positionen hinsichtlich der Befugnisse einer zentralen Regierung in Bagdad einerseits und die Befugnisse der drei hauptsächlich ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen andererseits. Vor allem bildet das ein Problem zwischen der Zentralregierung und der autonomen Region Kurdistan.

Den größten Sprengstoff birgt gegenwärtig die ungeklärte Stellung der Region um Kirkuk und Mosul in sich. Bereits in einem Bericht der International Crisis Group von 2005 heißt es: Im Norden des Iraks braut sich - weitgehend unbemerkt - ein Konflikt zusammen, der in Gewalt auszubrechen droht. Er könnte einen Bürgerkrieg, den Zerfall des Landes und schlimmstenfalls eine türkische Intervention nach sich ziehen."⁹ Konkret kommen hier mehrere Faktoren zusammen, die die Situation besonders explosiv machen. Hierzu zählt, dass Kirkuk die ethnisch am stärksten gemischte Stadt ist, wobei auf die Kurden etwa 35 Prozent, auf die Araber etwa 35 Prozent, auf Turkmenen etwa 26 Prozent und auf Christen knapp 4 Prozent entfallen. Zu berücksichtigen ist aber eine schwere historische Hypothek, denn die Politik Saddam Husseins war auf die Ansiedlung von Arabern ausgerichtet und große Teile der kurdischen Bevölkerung wurden aus dieser Region vertrieben bzw. in den Süden des Landes zwangsumsiedelt. Diese historische Hypothek führt gegenwärtig zu einer Gegenbewegung, der gezielten Verdrängung der Araber aus diesem Gebiet durch zuwandernde Kurden.

Die seit 1991 bestehende Autonomie der kurdischen Gebiete, die noch unter der Herrschaft Saddam Hussein durch die USA gewährleistet wurde, hat in den Jahren nach dem Sturz des Diktators in Bagdad zu besonders engen Beziehungen zwischen den USA und den herrschenden kurdischen Eliten geführt. Im April 2003 marschierten kurdische Verbände der Peschmerga an der Seite der von den USA geführten Invasionstruppen in die Regionen um Mosul und Kirkuk ein, um diese zu „befrieden“¹⁰.

Die Erdöllagerstätten von Kirkuk selbst werden, sieht man von den neu erschlossenen Lagerstätten in Kurdistan ab, gegenwärtig durch die einzigen modern ausgestatteten und effektiv arbeitenden Fördergesellschaften im Irak ausgebeutet, die formal unter der Kontrolle der Northern Oil Comp. stehen, de facto aber weitestgehend von Kurden und ausländischen Sicherheitsfirmen kontrolliert werden. Auch eine „Arte Dokumentation“¹¹ verdeutlichte, dass die Ölförderung in diesem größten Lagerstätten des Irak weitestgehend unter kurdischer Kontrolle mit ausländischen Sicherheitsfirmen liegt, die die Unterstützung der US-Besatzungsmacht genießen. Interessant ist auch, dass die Lagerstätten um Kirkuk sich bis in die engere autonome kurdische Region erstrecken. Zudem hat die kurdische Regionalregierung etwa 35 Verträge mit ausländischen Ölgesellschaften abgeschlossen, die aber von der Zentralregierung nicht anerkannt werden. Es gelang auf kurdischem Gebiet weitere Lagerstätten zu erkunden und auch einige davon zur Förderung zu bringen. Allerdings sind diese Förderanlagen z. T. noch nicht mit einer Erdölpipeline ins Ausland verbunden.

Im Gegensatz zu den übrigen Gebieten des Irak, in denen zum Teil anarchische Zustände herrschen, hat sich in den kurdischen Gebieten, eingeschlossen der Gebiete um Kirkuk und Mosul, eine weitestgehend ungefährdete und solide wirtschaftliche Grundlage entwickeln können, die bereits über fast zwei Jahrzehnte andauert und deren Grundlage 17% der erzielten

⁹ International Crisis Group, 2005. Siehe auch ebenda Hiltermann, Joost, Frieden und Freiheit, in: Le Monde diplomatique vom 11.07.2008

¹⁰ Presseschau Kurdistan vom 10.04.2003, Maurice Merlin

¹¹ Arte Themenabend: Irak 2010 – Eine Reise ins Ungewisse, am 27.04.2010

Erdöleinkommen bilden. Nicht zuletzt zeigte sich dies in letzter Zeit in der Eröffnung eines Großflughafens in Erbil, der seit Ende April auch von der Deutschen Lufthansa regelmäßig angefliegen wird.

Demgegenüber blieb die wirtschaftliche Situation in den übrigen Gebieten Iraks auch nach Rückzug der US-amerikanischen Invasionstruppen aus den Städten auf umliegende Militärbasen seit Herbst 2008 weiterhin katastrophal. Die Förderanlagen der von der Sowjetunion in den 70er Jahren erschlossenen zweitgrößten Lagerstätten des Landes im Süden um Rumaila, die sich im Staatsbesitz der Southern Oil Comp. befinden, weisen einen beklagenswerten, chaotischen Zustand auf, der die Förderung von Erdöl nur in geringem Umfang zulässt. Die Förderanlagen wurden seit Jahrzehnten nicht modernisiert. Hinzu kommen die Kriegsschäden durch die seitens des Diktators in Bagdad mit Iran und später Kuwait angezettelten Kriege, die u. a. vor allem deshalb geführt wurden, um ein Gebiet zu erobern, was Hochseetankschiffen Anlegemöglichkeiten im Golf ermöglicht. Vor allem aber verhinderten die gegen Irak verhängten UNO-Sanktionen jegliche Modernisierungs- und selbst Reparaturmaßnahmen der Förderanlagen, so dass im Süden des Landes die Lagerstätten weiterhin nur in sehr beschränktem Umfang genutzt werden können. Nach Berichten beträgt die Arbeitslosigkeit in Basra gegenwärtig 70%, die Bevölkerung verfügt über kein Trinkwasser und elektrischer Strom ist nur stundenweise am Tag erhältlich. Die vorhandenen Tanklager werden nur zur Hälfte genutzt.¹²

Noch schlimmer ist das wirtschaftliche Chaos in den größtenteils von Sunniten bewohnten zentralen Regionen des Landes.

Mithin hat sich eine gravierende Kluft zwischen den von den Kurden bewohnten bzw. kontrollierten Gebieten, die über einen für irakische Verhältnisse soliden Wohlstand und eine stabile sich im Aufschwung befindliche Ökonomie verfügen und den übrigen Teilen des Landes entwickelt. Der von den US-Truppen und privaten Sicherheitsfirmen unterstützte Aufschwung im Norden führt zwangsläufig auch zu Konflikten mit der Zentralregierung in Bagdad. Die Zentralregierung weigerte sich z. B. die von der kurdischen Autonomiebehörde abgeschlossenen Förderverträge anzuerkennen, da nach ihrer Auffassung eine solche Konzessionsvergabe in die Zuständigkeit der Zentralregierung fällt. Zudem lehnt sie generell Production Sharing Verträge ab, die von der kurdischen Regierung abgeschlossen wurden.¹³ Durch eine türkische Firma wurde z. B. in Taq Taq südöstlich von Erbil eine Lagerstätte erschlossen, deren Förderung sich z. Z. auf 40 000 Barrel täglich beläuft. Auch das Tawke-Feld bei Zakho an der türkischen Grenze soll 50 000 bis 60 000 Barrel pro Tag liefern.¹⁴ Zudem erstrecken sich die ergiebigsten Lagerstätten des Landes in der Nordregion von Kirkuk bis weit ins engere Gebiet Kurdistans bei Khoruma hinein. Insgesamt wollen die Kurden zunächst bis zu 100 000 Barrel Öl pro Tag exportieren.

Zwischen den kurdischen Regionen und der Zentralregierung entstanden in der Frage der Erdölpolitik erhebliche Dissonanzen und Widersprüche. Vor allem als die Zentralregierung und deren Erdölminister sich weigerten die 35 von der Kurdischen Regionalregierung mit ausländischen Ölgesellschaften abgeschlossenen Verträge über Erdölerkundung und -förderung anzuerkennen. Der Ölminister Hussein al-Scharistani betonte immer wieder, dass sich die Lagerstätten seit der Verstaatlichung der Ölfördergesellschaften 1972 im Besitz der staatlichen North Oil Comp. befinden und damit der Zentralregierung in Bagdad unterstehen,

¹² Ebenda

¹³ Die Kurden exportieren nun Öl aus dem Irak. Etappensieg im Erdöl-Konflikt in Bagdad, in: NZZ Online vom 10.05.2010

¹⁴ Ebenda

trotz der von den Besatzungsmächten protegierten kurdischen Kontrolltätigkeit und ihrer de facto Unabhängigkeit von Bagdad. Probleme ergaben sich auch bis zuletzt beim Transport der in den kurdischen Regionen geförderten Ölmengen durch die Pipeline nach dem Hafen von Ceyhan in der Türkei. Bis zuletzt gab es widersprüchliche Angaben, ob in Kurdistan gefördertes Erdöl, z. B. des Taq Taq Ölfeldes, tatsächlich in die Ölpipeline eingespeist werden darf. Offensichtlich scheint dies gelungen zu sein.

Zum Hautspannungsfeld im Irak hat sich mithin gegenwärtig das Gebiet um **Kirkuk** und Mosul entwickelt. Dieses Gebiet wird von den Kurden beansprucht, wogegen sich nicht nur die Zentralregierung bislang zur Wehr setzte sondern vor allem auch die sunnitische Bevölkerungsmehrheit der zentralen Regionen. Die Frage ist, wird diesem Bevölkerungsteil auch zukünftig Zugang zu den Öleinnahmen aus dieser Provinz gewährt. Die Forderung der Kurden, dieses Gebiet für sich zu beanspruchen, stößt auf entschiedenen Widerstand der arabischen und turkmenischen Bevölkerungsgruppe in Kirkuk. Auch die Errichtung eines Korridors südlich der kurdischen Regionen wird von nichtkurdischen Bevölkerungsgruppen als eine Annexion des Gebietes durch die Kurden betrachtet. Die irakische Verfassung sah ein Referendum über den Status der Millionenstadt Kirkuk vor, der über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheiden sollte. Ein solches Referendum kam allerdings nie zustande, da die Kurden eine Änderung des gegenwärtigen Status quo verlangen und sich dabei auf die Verdrängung der kurdischen Bevölkerung zur Zeit Saddam Husseins beziehen. Selbst die Registrierung der Wähler für die Wahlen im März dieses Jahres gestaltete sich äußerst schwierig, da bestimmte Kräften befürchteten, dass sie als eine verdeckte Art von Volkszählung benutzt werden.

Gegenwärtig zählen die Kurden zu den quasi Gewinnern der Situation, zumal sie auf die Unterstützung der USA rechnen können. Allerdings ruft die rasante Entwicklung auch zunehmend Befürchtungen in der Türkei hervor, die zwar von der bisherigen Entwicklung in Kurdistan profitiert, aber Angst hat, dass sich hier der Kern eines kurdischen Staates bilden könne. Eine solche Entwicklung wäre auch nicht im Interesse Irans, wo etwa 7-8 Mio. Kurden leben. Für die Türkei mit ihren großen von Kurden bewohnten Gebieten in Ostanatolien wäre eine solche Entwicklung allerdings existenzbedrohend. Das Land betrachtet sich deshalb als Schutzmacht der turkmenischen Bevölkerungsgruppe in Kirkuk. In einer Betrachtung schreibt der Türkeiexperte Heinz Kramer von der Stiftung Wissenschaft und Politik: „letztlich hat die Türkei schlechte Karten, um zu verhindern, dass Kirkuk kurdisch wird. Über die Folgen eines militärischen Abenteuers im Irak gibt es Anschauungsbeispiele wie nie, Sanktionen würden auch die Türkei treffen: Türkische Unternehmen verdienen im prosperierenden Nordirak bestens. Die Kurden haben außerdem Freunde mit Gewicht. Die Amerikaner können es sich nicht erlauben, ihre einzigen Verbündeten im Irak zu verprellen. Für die kurdische Sache“, so Kramer abschließend, „sieht es deshalb so gut aus wie noch nie.“¹⁵

Die angespannte Situation in und um Kirkuk führte in den letzten Jahren auch zu einem angespannten Verhältnis zwischen der Türkei und den USA, das sich zeitweilig sogar auf diplomatischem Gebiet abspielte, vor allem als sich die USA dagegen verwahrten, dass türkische Truppen ständig zum Zwecke der Terrorbekämpfung gegen die PKK in irakisches Gebiet vordrängen.¹⁶ Demgegenüber sieht sich die Türkei von den USA in ihrem Kampf gegen den Terrorismus der PKK Rebellen im Stich gelassen. Zur Zeit herrscht allerdings eine gewisse Zurückhaltung auf beiden Seiten.

¹⁵ In: Samson, Oliver, Großkurdistan ist für die Türkei ein Schreckgespenst: in: Efrin net vom 09.05.2007

¹⁶ Siehe in einzelnen auch Großbongardt, Anette Säbelrassel bringt Militär –Aktion ins Spiel , Spiegel –online Politik vom 16.01.2007

Die Frage nach dem Status von Kirkuk bleibt indes ungelöst. Allerdings bleibt die Gefahr, Kirkuk könne mit seinen weltweit umfangreichsten und am leichtesten zu fördernden Erdöllagerstätten zum Zentrum eines sich herausbildenden kurdischen Staates werden, für die türkischen Führungskräfte immer präsent. Der Status von Kirkuk stellt ein ständiges Pulverfass dar und kann ein Konfliktpotential auch für militärische Auseinandersetzungen werden.

Ein weiteres Konfliktfeld hat sich bei der Beherrschung der südlichen Ölfelder herausgebildet. Ab 02.11.2009 führte die irakische Zentralregierung die zweite Ausschreibung von Lagerstätten zur Erschließung und Förderung von Erdöl in den südlichen Gebieten durch. Zu diesen Ausschreibungen wurden 50 technologisch und finanziell leistungsfähige internationale Erdölgesellschaften ausgewählt und zugelassen. Die Vorgaben der Regierung bestanden darin, dass keine Kapitalbeteiligung an den Fördergesellschaften gestattet werden sollte und ebenfalls keine Verträge über Production Sharing Agreements zugelassen werden, wie sie vor der Nationalisierung üblich waren. Für die von den ausländischen Ölgesellschaften zu erbringenden Leistungen wurde nur eine bescheidene Gewinnbeteiligung von höchstens 2\$ pro Barrel geförderten Erdöls zugelassen. Den Zuschlag bekamen bei der Ausschreibung die Gesellschaften mit der geringsten Gewinnspanne und den höchsten geplanten Förderquoten in den nächsten Jahren. China vermochte bei den bisherigen Versteigerungen der Förderlizenzen zweifellos den größten Nutzen zu erzielen. Der chinesische Ölkonzern CNPC erhielt z. B. in Kooperation mit BP den Zuschlag für die Förderung von Erdöl im größten Erdölfeld des Südens in Rumaila. Gleichzeitig vermochte die chinesische Ölgesellschaft auch die Konzession über das Halfaya-Ölfeld in Kooperation mit der malaysischen Ölgesellschaft Petronas und der französischen Total zu erringen.¹⁷ Bei der zweiten von der Zentralregierung durchgeführten Versteigerung vermochte nur Shell als großes westliches Unternehmen in Kooperation mit der bereits genannten Petronas zum Erfolg zu kommen, um das Majnoon-Feld zu erschließen. Der russische Ölkonzern Lukoil konnte zusammen mit dem norwegischen Ölkonzern StatoilHydro die Konzession über das bedeutende Ölvorkommen von West-Kurna erhalten¹⁸.

Sehr aufschlussreich ist für mich, dass bisher amerikanische Großkonzerne bei der Versteigerung im Hintergrund blieben und auch nicht mit bedeutenden Angeboten aufwarteten. Über die Ursachen lässt sich nur spekulieren. Kommentare, die das darauf zurückführten, dass sich diese Konzerne nicht so aggressiv an den Ausschreibungen beteiligten, um nicht als Besatzungsmacht vorrangig bei der Konzessionsvergabe im Mittelpunkt zu stehen, können m. E. nicht als Ursache gelten. Vielmehr könnten die Ursachen in folgendem zu suchen sein: ersten sind die Ausschreibungen von Konzessionen ohne die bislang übliche Produktionsharing und ohne direkte Kapitalbeteiligung an den Fördergesellschaften nicht das, was sich die Konzerne erhofft hatten. Es könnte aber auch sein, dass die US-Administration bereits im vergangenen Jahr auf einen Regierungswechsel nach den Wahlen im März dieses Jahres spekulierte. Zudem ist den USA auf jeden Fall die Nähe der Führungskräfte um Nuri al-Maliki zu Iran ein Dorn im Auge. Auch ist nicht auszuschließen, dass die USA gegenüber Iran andere weiterreichende strategische Ziele, möglicherweise sogar militärischer Art verfolgen. Zudem werden die USA von den Ölverkäufen auf jeden Fall profitieren, denn noch steht die Begleichung der Kriegskosten an die USA und ihre Verbündeten aus. Fest steht, dass der Irak einen Teil der Kriegskosten zurückerstatten muss.

¹⁷ Koniecz, Tomasz, Machtzuwachs ohne Krieg, in: AG Friedensforschung Kassel

¹⁷ Ebenda

¹⁸ Ebenda

Tatsächlich hat die „Koalition für den Rechtsstaat“ des amtierenden Ministerpräsidenten bei einer ersten Auszählung der Stimmen bei der Wahl im März nur den zweiten Platz belegt hinter dem früheren Premier Ijad Allawi, der die Liste „Al-Irakia“ anführt. Von der irakischen Wahlkommission wurde auf Grund von Forderungen Nuri al-Malikis eine Neuauszählung der Stimmen in Bagdad beschlossen, die noch andauert. Allerdings ist dem bisherigen Ölminister al-Schahristani zuzustimmen, der feststellte, dass eine Neuauszählung der Stimmen ohne die Wählerregister mit der Zahl der abgegebenen Stimmen pro Urne abzugleichen, was die Wahlkommission verweigerte¹⁹, wenig realistisch ist. Die Entscheidung zur Neuauszählung der Stimmen wurde von Ijad Allawi, dem vermeintlichen Sieger der Wahl, aufs schärfste verurteilt. Er wandte sich in einem offenen Brief an die Vereinten Nationen, an die Arabische Liga und auch an die EU und forderte sie auf, den politischen Prozess im Irak vor Unrecht zu schützen. Eine Neuauszählung der Stimmen wird auch in den beiden Provinzen, zu der Kirkuk und Mosul gehören, von den Kurden angestrebt.

Bereits während des Wahlkampfes hatten Betrachter der Situation spekuliert, dass Nuri al-Maliki und die religiöse Schiiten-Allianz von Ammar al-Hakim und Muktada al-Sadr nach der Wahl eine Fusion eingehen könnten. Diese Situation ist nun eingetreten²⁰, so dass Allawi, von der Regierungsbildung vorerst verdrängt wurde. Insgesamt nehmen damit die proiranischen Kräfte in einer neu zu bildenden Regierung zu.²¹

Insgesamt bleibt in und um Irak weiterhin ein hochgradig explosives Konfliktpotential erhalten, das auch militärische Auseinandersetzungen nicht ausschließt.

¹⁹ Leukefeld, Karin, Neuauszählung in Bagdad, Regierungsbildung nach März-Wahl weiter verzögert. In: ND vom 04.05.2010.

²⁰ Regierungsbildung im Irak, Maliki gibt nicht auf, in: FAZ Net vom 09.05.2010.

²¹ NZZ Online vom 05.05. 2010.,